

Thesenpapier zur Flüchtlingspolitik

Beschluss der Mitgliederversammlung des ÖDP-Bezirksverbandes Unterfranken am 23.10.2016

Zusammenfassung: Unterfränkische ÖDP-Mitgliederversammlung tagt in Aschaffenburg und beschließt Thesenpapier zur Flüchtlingspolitik: Unsere Politiker haben Ursachen der Massenflucht großteils mit verursacht, daher tragen wir Teil-Verantwortung. Ursachen der Flucht müssen beseitigt werden. In ihren Heimatländern vom Tode oder Verfolgung bedrohte Menschen müssen bei uns vorübergehend Schutz finden und danach tatsächlich wieder in ihre Heimatländer zurückkehren. Berechtigte Empörung der Bürger über Missstände (Niedriglohn, Umverteilung von Unten nach Oben usw.) darf nicht auf Migranten (als Sündenböcke) gelenkt werden. Deutsches Politikerversagen hat Erstarren rechts-populistischer Parteien gefördert. Die ÖDP muss handeln.

1. Zwei Leit-Schranken: Die Straße der Einwanderungs- und der Flüchtlingspolitik braucht auf beiden Seiten je eine Leit-Schranke:

- Rechte Leit-Schranke: Wir können nicht alle Menschen, die dies wollen, ins Land lassen, sondern wir brauchen – wie alle anderen Staaten auch – **klare Grenzen**. Es besteht kein allgemeines Recht auf Einwanderung nach Deutschland und Europa.
- Linke Leit-Schranke: **Unsere Regierungen haben** durch aktive Politik – beispielsweise durch Rüstungsexporte, den Export hochsubventionierter landwirtschaftlicher Überschüsse in afrikanische Länder und die Ausbeutung der Fischgründe vor Afrika – **die Ursachen für die Flucht tausender Menschen zumindest teilweise mit verursacht**.

Daher sind wir **für die Fluchtursachen mit verantwortlich** und müssen diese **Ursachen beseitigen** und zumindest teilweise für deren Folgen einstehen. Um die Fluchtursachen zu verringern müssen wir auch unser **Konsumverhalten ändern**.

2. Wir dürfen **nicht qualifizierte Mitarbeiter wirtschaftlich schwächerer Länder abwerben**, denn diese würden dadurch geschwächt.

3. Es gibt viele verschiedene Gründe für **Flüchtlinge**, nach Deutschland zu kommen. Daher müssen wir diese **unterschiedlich behandeln**. Es muss auch gewährleistet werden, dass in ihren Heimatländern vom Tode oder Verfolgung bedrohte Menschen bei uns **vorübergehend Schutz** finden und danach tatsächlich wieder in ihre Heimatländer zurückkehren.

Zudem sind große Anstrengungen zu unternehmen, damit **andere Länder, die in sehr großer Zahl Flüchtlinge aufgenommen haben** und nehmen, **von uns** umfassend **unterstützt** werden.

Wir müssen **verhindern**, dass durch Vernichten der Herkunftsunterlagen, Verschleiern der Identität usw. Migranten, bei denen ein **Abschiebungsbeschluss vorliegt, dauerhaft im Land bleiben**. Die sich bereits im Land befindlichen Migranten müssen differenziert behandelt werden.

4. Um die berechtigten Interessen der deutschen Bevölkerung zu gewährleisten, müssen wir nach **sozialer und ökologischer Gerechtigkeit** streben. Es ruft große Widerstände mit unabsehbaren Folgen hervor, wenn bei den **Bürgern** der Eindruck entsteht, dass **durch Regierungshandeln bei ihnen konsequent gespart** wird (siehe z. B. Niedriglöhne, drohende Altersarmut, Umverteilung von Unten nach Oben), **für Banken, Hedgefonds und andere Konzerne jedoch Geld in unbegrenzter Höhe zur Verfügung gestellt wird**.

Die Gefahr ist groß, dass die **berechtigte Empörung der Bürger** über derartige Missstände **auf Migranten (als Sündenböcke) gelenkt** wird, die finanzielle Zuwendungen erhalten, die von den Bürgern aufgebracht werden müssen.

Die Politik der letzten Jahre fördert das **Erstarken rechts-populistischer Parteien**, die sich zu Volksparteien entwickeln und die Politik in Deutschland bestimmen können. Dies muss durch einen **deutlichen politischen Kurswechsel** verhindert werden. Da dieser von den im Bundestag vertretenden Parteien nicht zu erwarten ist (sie haben Deutschland genau in diese missliche Situation geführt!), **muss die ÖDP alle Kräfte mobilisieren**, um diese Herausforderung zu meistern.